



öffentlich

Fachbereich	Dezernent(in) / Geschäftsführer	Datum
10	StR Christian Uhr	10.08.2022
verantwortlich	Telefon	Dringlichkeit
Jörg Zilian	22109	-
Beratungsfolge	Beratungstermine	Zuständigkeit
Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung	01.09.2022	Kenntnisnahme

Tagesordnungspunkt

Masterplan Digitale Verwaltung - Arbeiten 4.0: Abschlussbericht zur Untersuchung der Potenziale von Freier Software und Offenen Standards

Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für Personal, Organisation und Digitalisierung nimmt den Abschlussbericht zur Untersuchung der Potenziale von Freier Software und Offenen Standards im Bereich der städtischen Informations- und Telekommunikationstechnik zur Kenntnis.

Personelle Auswirkungen

Keine personellen Auswirkungen.

Finanzielle Auswirkungen

Keine finanziellen Auswirkungen.

Klimarelevanz

Keine

Begründung

Die Stadt Dortmund untersucht bereits seit dem Jahr 2018 die Einsatzpotenziale von Freier Software und Offener Standards. Im Rahmen des Masterplans Digitale Verwaltung – Arbeiten 4.0 wurde eine Arbeitsgruppe „Freie Software“ etabliert, welche die Potenziale von Freier Software und Offenen Standards für die Stadtverwaltung Dortmund analysiert hat und das Projekt mit der Erstellung des Abschlussberichts, welcher als Anlage dieser Vorlage beigelegt ist, abschließt.

Im Januar 2019 wurde durch die Arbeitsgruppe ein erster Sachstandsbericht zum Abschluss der Phase „Begriffe, Anforderungen und Bestandsaufnahme“ veröffentlicht. Im weiteren Verlauf des Projektes wurde zur Erstellung des Abschlussberichts „Untersuchung der Potenziale von Freier Software und Offenen Standards“ eine Analyse der Potenziale erstellt. Für den Abschlussbericht wurde der Fokus der Analyse auf die Darstellung von Potenzialen, Best Practices und kritischen Erfolgsfaktoren beim Einsatz von Freier Software, die Bewertung der Lizenzmodelle Freier Software für die Stadt Dortmund und die Bewertung von Datei-Formaten gelegt.

Die Stadtverwaltung Dortmund setzt bereits erfolgreich über 180 Lösungen auf Basis von Open-Source-Software ein. Auf Basis dieser Potenzialanalysen lassen sich jedoch weitere Handlungsempfehlungen und Rückschlüssen für die Stadtverwaltung Dortmund herleiten, welche einen wesentlichen Einfluss auf die Digitalisierung und die weitere Entwicklung im Bereich der IT-Infrastruktur nehmen.

Das Memorandum zur Digitalisierung 2020 bis 2025 gibt hierzu bereits einige Handlungsempfehlungen vor:

„Wo möglich Nutzung von Open Source Software. Von der Verwaltung entwickelte oder zu Entwicklung beauftragte Software wird der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt.“

Um dieser Aufgabe gerecht zu werden, gilt es, neben der Fortführung bestehender Maßnahmen, weitere Maßnahmen abzuleiten.

Bei der Einführung von Software und dem damit verbundenen Softwareeinführungsprozess werden fachliche Anforderungen, Sicherheit, Wirtschaftlichkeit, Zuverlässigkeit und Schnittstellen betrachtet. Freie Software ist bei der Betrachtung dieser Kriterien proprietärer Software gleichgestellt. In jedem Einzelfall ist bei der Gesamtbetrachtung zu prüfen, welche Anforderungen am besten für die Stadtverwaltung Dortmund in Betracht kommen. Die Entwicklungen bezogen auf die Digitale Souveränität und die damit verbundene Nutzung von Open-Source-Software sind weiterhin einzubeziehen und zu beobachten. Hierzu ist es erforderlich, einen konkreten Ansprechpartner für Fragen zu Open Source Software und offene Standards innerhalb der Stadtverwaltung Dortmund und somit eine zentrale Stelle für die Belange der Digitalen Souveränität zu etablieren. Diese bildet einerseits eine Schnittstelle zwischen Organisationen und Projekten im Bereich Open Source und dient gleichzeitig als Ansprechpartner innerhalb der Stadtverwaltung Dortmund, um diese Entwicklungen in Strategien und Konzepten einzubringen.

Bei der Betrachtung von Fachanwendungen im Bereich der Kommunalverwaltungen ist der Einsatz von Open-Source-Software jedoch eine große Herausforderung. Dies liegt insbesondere an der mangelnden Verfügbarkeit passgenauer und mit existierenden

Fachanwendungen interoperablen Lösungen. Öffentliche Verwaltungen sind daher diesem Mangel unterlegen und es bieten sich oft keine Alternativen zu proprietärer Software. Durch die Koordinationsstelle Digitale Souveränität gilt es in diesem Zusammenhang die Kommunikation mit anderen öffentlichen Stellen der Kommunen, Länder und des Bundes zu suchen, sodass Synergien und gemeinsame Projekte entwickelt werden, um diesem Mangel entgegenzuwirken.

Bei der Eigenentwicklung von Software und Produkten für den Einsatz innerhalb der Stadtverwaltung Dortmund gilt es, wenn möglich, eine Kooperation mit anderen Kommunen einzugehen. Auch sind die Möglichkeiten zu prüfen, ob die zu nutzende Software bereits in einer Basisvariante als Open-Source-Software zur Verfügung steht und die Weiterentwicklung dieser Software sinnvoll für die Stadtverwaltung ist. Diese Entwicklungen sind allerdings nur möglich, wenn bereits vorhandenes Personal entsprechende Expertise im Bereich von Open-Source-Entwicklungen aufbaut und dabei die aktuellen Betriebsaufgaben nicht vernachlässigt. Nach Abschluss einer Eigenentwicklung und der Veröffentlichung an entsprechenden Stellen müssen die dann gestellten Support- und Beratungserwartungen berücksichtigt werden. Wenn eine Kommune eine Entwicklung erbringt und diese in einem Open-Code-Repository veröffentlicht, muss davon ausgegangen werden, dass die Kommune für seine Entwicklung und auch für die Weiterentwicklung als verantwortlicher Ansprechpartner agiert. Dieser Effekt würde dazu führen, dass Entwickler*innen nur wenige Produkte verantworten und auch von außen gerichtete Anfragen beantworten müssen. Ein Weg, diesem entgegenzuwirken, wäre, dass die Stadtverwaltung Dortmund für Entwicklungen externe Dienstleister hinzuzieht, die Produkte auf Open Source anbieten, entwickeln und entsprechenden Support anbieten. Dadurch würde einerseits sichergestellt, dass ein einheitlicher Ansprechpartner für Entwicklungen, Support und Änderungsanforderungen besteht und darüber hinaus die Veröffentlichungen durch einen Dritten erfolgen, sodass die Stadtverwaltung nicht als Herausgeber in Erscheinung tritt und somit keinerlei Erwartungen an diese herangetragen werden, die sonst bereits stark eingebundenes Fachpersonal und deren Expertise erfordern.

Zur Schaffung der Digitalen Souveränität sind der Einsatz von Open-Source-Software an geeigneter Stelle und die Nutzung von Offenen Standards wesentliche Bausteine. Zur weiteren Koordination der Digitalen Souveränität innerhalb der Stadtverwaltung Dortmund wird daher die Schaffung einer Koordinationsstelle empfohlen.